Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Rud. Mosse: Berlin: E. Schlotte. — Dresden: Th. Diebelsch & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Eugen Fort's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Heuthaar, Jacob Thalheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schröder. — Mainz: D. Frese. — München: C. Marowski. —

Währung: Stabel's Bankanstalten. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 3. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 21 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Bajchman & Frendler in Warschau, Senatorenhaus 12.

Nr. 185. **Berlin, Donnerstag den 15. Mai 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32,** zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition sind nicht frankirt alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 15. Mai.

Aus der Zahl der noch fortwährend eingehenden Zustimmungs- und Dankadressen zum wirthschaftlichen Programme des Herrn Reichskanzlers heben wir für heute folgende hervor:

Die Hauptverwaltung des Zentralvereins westpreußischer Landwirthe übermittelte unterm 12. April den von der Generalversammlung dieses Vereins zu Danzig mit großer Mehrheit ausgesprochenen Dank und sagt „im Interesse der Provinz" die Bitte hinzu:

„keine Durchgangszölle von Getreide zu erheben und von dem Identitäts-Nachweise dabei abzusehen; ferner von dem Flößhofe auf der Weichsel, sofern es nach Danzig oder Elbing bestimmt ist, keinen Zoll zu erheben; schließlich den Eisen-Etablissement gegen Gründungsschein die vollste Einfuhr von Eisen über die Häfen östlich von Rügenwalde zu gestatten, damit sich auch in den östlichen Provinzen eine Eisenindustrie entwickeln kann".

Aus Westpreußen liegt ferner eine Adresse vor von 300 Landwirthen, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden in den Kreisen Marienwerder, Schwetz und Pr. Stargardt, nämlich in Gut und Dorf Lindenberg bei Czerwinsk, Gut Rinkowken, Gut und Dorf Lesnian, Gut Smentowken, Gut Bielsk, Gut Wirembly und den Bauerndörfern Rakowitz, Jellen, Pehsken, Thymen, Jeszwitz, Münsterwalde, Dombrowken, Pienonskowo, Gr. Nebau, Bloschnitz, der Stadt Mewe, der Kolonie Oterwitt, den Ortschaften Kleine Mühle und Gemauert Krug, sämmtlich im Kreise Marienwerder; Stadt Neuenburg, Gut Mielewo, Ortschaften Treul und Unterberg, Bauerndörfer Hardenberg, Richleme, Treul und Weide im Kreise Schwetz; Güter Paulshof, Marxhausen, Rüßhof, Mirotken und Olschowken, Bauerndörfern Gonstowken, Königswalde, Neuencyan, Barlosznо, Wollenthal und Miratken, sowie dem Marktflecken Skurcz im Kreise Pr. Stargardt, zusammen aus 12 selbstständigen Gutsbezirken, 26 Dorfgemeinden, 2 Städten und einem Marktflecken. In dieser Adresse heißt es:

„Gegenüber dem Beschlusse des Westpreußischen Provinziallandtags, welcher unter dem Einflusse der ersttädtischen Handelsinteressen zu Danzig sich ablehnend gegen die von Ew. Durchlaucht beabsichtigte Zollreform erklärt hat, fühlen wir Unterzeichneten und gedrungen, unsern tiefgefühltesten Dank dafür auszusprechen, daß Ew. Durchlaucht in richtiger Erkenntniß der herrschenden Uebelstände und deren Ursachen die Initiative ergreifen, um der allgemeinen schweren Nothlage, unter der sämmtliche Berufsstände Deutschlands leiden, ein Ende zu machen. Speziell für unsere östlichen Provinzen, die schon durch ihre klimatische Lage wenig begünstigt sind und durch die Absperrung Rußlands, ihres natürlichen Absatzgebietes, einerseits und die theuren Frachten nach dem konsumirenden Westen andererseits in eine geschäftlich sehr ungünstige Position gedrängt sind, ist eine Aenderung der bisherigen Verkehrs- und Handelsverhältnisse geradezu eine Lebensfrage. Wenn wir uns auch von den überaus niedrig normirten Zöllen auf Getreide angesichtlich keine wirksame Hülfe versprechen können, so hoffen wir doch, daß durch Aufhebung der Differentialtarife und durch weitere, dem gleichen Zwecke dienende Maßnahmen den deutschen Landmann ausreichender Schutz gewährt und damit die Garantie gegeben wird für das Wiederaufblühen des gesammten Gewerbelebens.

Das Stichwort der Freihändler, man dürfe dem armen Manne das Brod nicht vertheuern, und welches mit großem Geschick der wenig einsichtsvollen großen Masse gegenüber als Hauptargument benutzt wird, erweist sich bei ernster Prüfung als gehaltlose, leere Phrase. Denn jeder Anfänger in der Volkswirthschaftslehre weiß, daß beim Arbeiter nicht der Preis der Lebensmittel allein das Maß gebende ist, sondern lediglich das Verhältniß des Arbeitslohnes zu demselben, wofür als Beweis die Thatsache dient, daß wir bei theuren Getreidepreisen den Arbeiter fast ausnahmslos in der Lage sehen, seine Familie ohne Schwierigkeit unterhalten zu sollen großen Masse genommen als Hauptargument benutzt wird, erweist sich bei ernster Prüfung als gehaltlose, leere Phrase. Denn jeder Anfänger in der Volkswirthschaftslehre weiß, daß beim Arbeiter nicht der Preis der Lebensmittel allein das Maß gebende ist, sondern lediglich das Verhältniß des Arbeitslohnes zu demselben, wofür als Beweis die Thatsache dient, daß wir bei theuren Getreidepreisen den Arbeiter fast ausnahmslos in der Lage sehen, seine Familie ohne Schwierigkeit unterhalten zu können, während wir ihn bei billigem Brode hungern sehen. Der Grund dieser scheinbar auffälligen Erscheinung ist der, daß bei höheren Getreidepreisen der Landmann und mit ihm die große Masse der ländlichen Arbeiter und Gewerbe Blühen, blieb es aber nicht zu unsolidem und schwindelhaften Unternehmungen verwenden, noch durch Anlegung in Spekulationspapieren ins Ausland tragen, sondern zur Förderung der nationalen Arbeit in den heimischen Markt bringen. Das Alles bei den Landmanns, der, ohne einen Anderen zu schädigen, durch Fleiß und Einsicht dem Boden Schätze abzuringen weiß, zufließt durch alle Adern des Verkehrslebens, belebt das Geschäft und schafft die Mittel, durch welche reichlich Arbeit und verständiger Unternehmungsgeist in allen Berufskreisen ihrer Mühe Lohn findet. Es hat sich auch bereits ganz allgemein die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß andauernd billige Lebensmittelpreise zum Unglück für das Land werden. Eben so wenig sichhaltig und ohne Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse ist die Behauptung, daß die durch Schutzzölle vertheuerten Lebensmittel den fleißigen Arbeiter aus dem Lande treiben und zur Auswanderung bewegen werden!"

Zum Anschluß an eine schon früher übersandte Adresse aus dem schlesischen Kreise Waldenburg lief eine Zuschrift mit 57 Unterschriften aus Dittmannsdorf ein. Uebersender ist Herr F. Rosicke (Fabrik leinener und halbleinener Waaren) in Charlottenbrunn. Weiter liegen übereinstimmende Adressen mit 177 Unterschriften vor aus folgenden 22 Orten des holstein'schen Kreises Stormarn: Altenweide, Badendorf, Boden, Hamberge, Hansfelde, Hawickhorst, Heidekamp, Heilsbook, Lockfeld, Mönchhagen, Niendorf, Rethmischdorf, Rethwischfeld, Kl. Schenkenberg, Steenstade, Studendorf, Tralauerholz, Treutholz, Gr. und Kl. Wesenberg, Willendorf und Zarpen. Es folgt eine Adresse des Vorstandes des landwirthschaftlichen Kreisvereins für das Amt Medingen und dessen Nachbarschaft (in der Lüneburger Heide), unterzeichnet von den 75 Mitgliedern. Es wird darin gesagt:

„Während der Jahre 1870 bis 1871, auch in den sogenannten Gründerjahren haben wir einen allgemeinen Nothstand nicht zu empfinden, als gerade jetzt. Die Arbeiter rufen nach Arbeit, erhalten aber solche nicht und können, trotz der billigen Kornpreise, nicht soviel verdienen, um zu leben. Wo früher keine Hand müßig, wo gewerbt und gesponnen wurde, müssen die Arbeiter jetzt größtentheils feiern, weil der Fabrikant die Produktionskosten nicht decken kann. Es ist natürlich, daß bei einer solchen Wirthschaftspolitik die Steuerkraft nicht gehoben, sondern gemindert wird und Armuth eintritt wo sonst Wohlhabenheit war."

Auch der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins für den Kreis Schmalkalden (Regierungsbezirk Kassel) sandte eine Adresse. In einer mit 1539 Unterschriften bedeckten Adresse aus dem zweiten Sachsen-Meiningen'schen Reichstags-Wahlbezirke heißt es:

„Gelingt es den Vertretern des Freihandels, Ew. Durchlaucht hocherzige Pläne zu durchkreuzen, so wird das wirthschaftliche Elend in Deutschland dem Gemeinwohl gefahrdrohende Fortschritte machen; gelingt es dagegen, dieselben zu vereitlichen, so wird neues Leben aus den Ruinen emporblühen und Ew. Durchlaucht erhabener Name wird von Millionen und aber Millionen unserer Mitbürger dankbar genannt werden."

Eine Adresse mit 62 Unterschriften aus Armsheim in Rheinhessen sandte der evangelische Pfarrer W. Kayser zu Flonheim mit dem Bemerken:

„Die Unterschriften wurden von einem geringen Bauerswanne gesammelt, und wenn es auch verhältnißmäßig nur wenig sind, so erhalten dieselben doch dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß sie eine Gemeinde repräsentiren, welche in der Domaine der Herrn Bamberger gelegen ist."

Fernere Zuschriften sind: aus Auenheim in Baden mit 81 Unterschriften, aus folgenden in verschiedenen Theilen Baierns gelegenen Orten mit zusammen 1100 Unterschriften: Weihenzell, Beutellohe, Zellwöglingen, Weißenbach (Bezirksamt Brückenau), Thüngen, Bleichfeld, Stetten, Sondheim (Bezirksamt Mellrichstadt), Rathausen, Ursinden und Junkersdorf im Grabfeld, Irmelshausen, Unterasbach, Wald, Unterbambach, Streudorf, Trommetsheim, Rödelmaier, Ramsthal, Sulzdorf, Aubstadt, Mittern, Freckenfelden, Geiselsberg, Igelsbach, Erndendorf (Bezirksamt Gunzenhausen). Es bilden diese Adressen einen Nachtrag zu früheren aus denselben Gegenden. Daran schließen sich Zuschriften mit 526 Unterschriften aus folgenden 9 Orten der bairischen Rheinpfalz: Albisheim, Dirnstein, Einselthem, Gauersheim, Lambsheim, Marnheim, Mauchenheim, Reinersheim und Rittersheim.

Zustimmungs-Erklärungen mittelst Postkarten erfolgten von 3 Haus- und Gutsbesitzern zu Pröhsen bei Grimma in Sachsen, einem Landwirth zu Neubrück in Braunschweig, zu Trotschendorf (Kr. Görlitz), 11 zu Güten (Kr. Jülich), 64 in den Orten des Kreises Jerichow II., Paplitz bei Ziesar (Westhavelland), Derben, Mahlenzien, Möser, Burchorf, Bisdorf, Göttlin, Zabakuk und Altenplathow mit 276 (177 Kolonen) zu Waldorf (Amts Wolmirstedt).

Gegen die **Getreidezölle** werden jetzt häufig die Schwierigkeiten geltend gemacht, welche sich dem Transit, namentlich bei Festhaltung der Identität entgegenstellen.

Unseres Erachtens entspricht die Freihe des Transits überhaupt nicht dem Bedürfniß, sondern sie widerstreitet den wohlverstandenen Interessen Deutschlands. Die Bevorzugung der Häfen Europa's hat Deutschland fast ausschließlich vergrößert; es war hierfür günstiger belegen, wie die Länder weiter im Osten. Auf diese Gunst seiner geographischen Lage verzichtet es und überträgt sie künstlich auf die großen Getreideländer des Ostens, indem es nicht nur die freie Durchfuhr gattet, sondern auch durch wohlfeile Frachten das inländische Produkt bis an die Grenzen der fremden Länder schafft. Der deutschen Politik ist auch bei der wohlorganisirten nationalen Gastlichkeit der minimale Lohn-Zollsatz, wie sie vorgelegen sind, fällt die Besteuerung des Transits zweifach im Gewicht, um deshalb besondere Einrichtungen nothwendig zu machen. Der Zoll, welcher denselben trifft, wird eben auch in der Hauptsache bei den ländlichen Produzenten zur Last fallen, sicher nach wie vor sein Produkt durch Deutsche fahren wird, weil ihm jeder Umweg, namentlich auch der über russische Häfen theurer zu stehen kommt, weil die geringe Abgabe von 50 auf 25 Sgr. wenigstens theilweise für das ganze Gebiet der östlichen Produktion, und für die ganze Holzausfuhr von Westpreußen, welche, an den Wasserkanälen gebunden, keinen andern Zugang zum Absatz besitzt, wie die Mündungen der Memel, der Weichsel und den Bromberger Kanal und der Innern von Deutschland.

Wie jetzt bekannt wird, haben die Aktien für Fischereien und für Zoll und Steuern beim Seeexportwurf, die **provisorische Hebung von Zöllen**, zur Vorbereitung übergeben war, den Antrag gestellt, dem Gesetzentwurf zu stimmen.

Sicherem Vernehmen nach hat die Regie der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft gegen sich bereit erklärt, in Verhandlungen wegen Uebertragung der Verwaltung und des Betriebes der ganzen Köln-Mindener Eisenbahnunternehmens den Staat auf der Grundlage einer in abgestuften den Aktien zu gewährenden festen Jahresrente sechs Prozent einzutreten.

Nach § 15 des Gesetzes, betreffend die Einführung für den **höheren Verwaltungsdienst** 11. März d. J., soll das Staatsministerium die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen, namentlich die näheren Bestimmungen über die hinsichtlich des Universitätsstudiums zu stellenden Anforderungen, über die Vertheilung der Beschäftigungszeit bei den Verwaltungsbehörden, über die Zusammensetzung der Kommission für die zweite Prüfung und über die besondere Zulassung zu derselben in einem Regulativ festsetzen. Der von den Ministerien des Innern und der Finanzen aufgestellte Entwurf dieses Regulativs liegt gegenwärtig dem Staatsministerium zur Beschlußnahme vor.

Von den in neuerer Zeit mit so vielem Beifall aufgenommenen **Jahresberichten über die Veränderungen und Fortschritte im Militairwesen**, herausgegeben von dem königlichen Obersten z. D. v. Löbell zu Berlin, ist soeben im Verlage der königlichen Hofbuchhandlung von Mittler u. Sohn der fünfte Jahrgang (1878) ausgegeben worden. Das längst über die deutschen Grenzen hinaus bekannte und verbreitete Werk, welches sich durch die Reichhaltigkeit seines Stoffes und die Zuverlässigkeit seines Inhaltes bereits einen Weltruf erworben und in unserer Militairliteratur des Tages einen so hervorragenden Platz einnimmt, hat dieselbe innere und äußere Anordnung wie früher erhalten. Der erste Theil berichtet über das Heerwesen der einzelnen Staaten. Mit Rücksicht auf das Interesse, welches sowohl die kriegerische Aktion von uns ferner stehenden Armeen, wie das Militair naher fremden Länder überhaupt bei dem lebhaften Theilnahme des Publikums an allen Ereignissen des Tages darbietet, findet der Leser außer über die großen europäischen Heere auch Gelegenheit, sich über die neuesten Heeresorganisationen Chile's, Bulgarien's, Japan's und Persien's zu unterrichten und dadurch eine umfassende Vorstellung von der Zahl und Art der Streitkräfte, über welche jene Länder gebieten, zu gewinnen. Der zweite und dritte Theil gelegen wesentliche Bereicherungen im Vergleich zu dem Vorjahr. Hier ist diesmal das Material der Feld-, Festungs-, Küsten- und Gebirgsartillerie in Deutschland, England, Frankreich, Italien, Oesterreich, Rußland, Schweden besprochen und in den Hauptmomenten erläutert, hier ist ferner eine kurze Uebersicht über die Handfeuerwaffen, resp. die Veränderungen und Vervollkommnungen, welche dieselben in den größeren Armeen erfahren haben, angeschlossen worden. Als neu erscheint auch der, ein gediegeneres Verständniß von Technik zeigende Artikel über das Militair-Eisenbahnwesen in den Jahren 1877/78, mit sehr wichtigem Hinweis auf die Erfahrungen der letzten russisch-türkischen Kriege. Die kriegsgeschichtlichen Ereignisse des Vorjahres sind in einem zusammenfassenden Bericht, welcher eine lichtvolle Darstellung der Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn und eine militairische Chronik, welche nach Art eines Kalenders die wichtigen Daten der militairischen Geschichte des Jahres 1877 verzeichnet, hervorzuheben. Am Schluß des Werkes sind ferner diesmal 60 Nekrologe von hervorragenden Offizieren aller Armeen, sowie ein alphabetisches Namen- und Sachregister gegeben.

Die Veränderungen, welche manche früher hervorgehobener kleiner Mängel, die stattgefundene Ausfüllung einiger Lücken, welche die Kritik betont hatte, geben dem neuen Bande der einen universellen Charakter tragenden Publikation ein harmonisches Gepräge und lassen dasselbe wiederum die anerkennungsvollste Aufnahme. Der Preis des 540 Seiten starken Buches beträgt 8 ℳ.

Wie schon im Morgenblatt kurz erwähnt, hat vorgestern Nachmittag zu Elbing auf der Werft des Herrn Kommerzienrath Schichau der Stapellauf und die Taufe des, „**Habicht**" getauften ersten der beiden von der kaiserlichen Marine in Bau gegebenen Aviso's stattgefunden. Die „Elb. Ztg." berichtet über Stapellauf und Taufakt Folgendes:

Als offizielle Vertreter der Marine waren zu diesem Akt die Herren Oberwerftdirektor Livonius, Schiffbauinspektor Hildebrandt und Maschinenbaudirektor Admiralitätsrath Gurtt von Danzig erschienen. Zur festgesetzten Zeit, 45 Uhr, hörte man die ersten Hammerschläge zur Hebung des Schiffskörpers, und bald darauf betrieb Herr Oberwerftdirektor Livonius die an Bug des Schiffes errichtete, mit Fahnen dekorirte kleine Tribüne, um die Taufrede zu halten. Dieselbe hatte etwa folgenden Wortlaut: Geehrte Anwesende! Dieses Schiff steht da als ein beredter Zeuge von der Leistungsfähigkeit der Industrie Deutschlands, im Besonderen der Stadt Elbing. In der großen Gruppe der Schiffsstaffagen der jungen deutschen Marine bildet das hier auf dem Stapel liegende Schiff gleichsam das Schlußglied. Der Aviso ist nicht bestimmt, in das Gefecht mitthätig einzugreifen, vielmehr soll er, wie sein kleine schlanke Bauart schon andeutet, auf die möglichst schnelle Weise Nachrichten vermitteln, den Feind erspähen und dem Geschwader Kunde bringen. Wie der Habicht mit seiner Beute schnellen Fluges durch die Lüfte eilt der Heimath zu, so soll auch dieses Schiff, wenn es dazu kommt, die freie Seeherrschaftsflagge in den heimathlichen Gauen tragen. Somit taufe ich auf Befehl unseres Allergnädigsten Kaisers, den Gott uns noch lange erhalten möge, dieses Schiff „Habicht". — Bei diesen Worten ertrifft der Herr Redner die an einem Bande herabhängende Flasche Champagner und zerschellte sie am Bug des Schiffes. So mögen denn unser Aller Glückwünsche das Schiff auf allen seinen Fahrten begleiten."

Nachdem der letzte Halt gelöst war, bewegte sich das Schiff mit majestätischer Ruhe in's Wasser, begleitet von dem tausendstimmigen „Hurrah" der an der scharfen Ecke und jenseits des Elbingflusses Aufstellung genommenen Zuschauer. Prächtiges Wetter begünstigte das interessante Schauspiel. Das Schiff wurde sogleich wieder zu seiner weiteren Fertigstellung, Einsetzung der Maschine ꝛc. an die Werft herangebracht. Die Länge des Schiffes beträgt ca. 73 Meter bei 9 Meter Breite und 3½ Meter Tiefgang. Es ist aus starken Eisenplatten hergestellt und mit Teakholz bekleidet, das aber im unteren Theil des Schiffes noch eine Zinkblechbekleidung erhalten hat. Die bewegende Kraft erhält das Schiff durch eine Compound-Maschine von 600 indizirten Pferdekräften. Nach dem Stapellauf vereinigte ein Diner in der Wohnung des Herrn Kommerzienrathes Schichau die Vertreter der Marine, die Spitzen der städtischen und königlichen Behörden hierselbst, sowie die ersten Beamten der Fabrik.

In der heutigen (45.) Plenarsitzung des **Reichstages** kam bei der zweiten Berathung derjenigen Positionen des Zolltarifs, welche der Kommission zur Vorberathung nicht überwiesen sind, — wobei die von der Regierungsvorlage innegehaltene Reihenfolge festgehalten wird — zuerst die Nr. 1 Abfälle zur Verhandlung; für dieselben ist ein Zollsatz nicht eingestellt. Abg. Dr. Stephani berichtet über die zu dieser Position eingegangenen Petitionen. In Nr. 1a beantragt Abg. Rickert anstatt der letzten Worte „und sonstige lediglich zur Leimfabrikation geeignete Lederabfälle zu setzen: „zur Verwendung als Fabrikmaterial geeignete ꝛc." Bundesbevollmächtigter v. Moser weist darauf hin, daß hier in keiner Weise eine Aenderung des bestehenden Tarifs vorliege, ist im Uebrigen nicht in der Lage, eine Erklärung im Namen der verbündeten Regierungen abzugeben. Abg. Ludwig wünscht eine präzisere Fassung der die Nichtzollpflichtigkeit der Düngungsmittel betreffenden Bestimmung. Der Bundesbevollmächtigte v. Moser konstatirt, daß es keineswegs in der Absicht liege, einen Zoll für irgendwelche Düngungsmittel eintreten zu lassen. Die Position 1a. wird mit dem Amendement Rickert mit großer Mehrheit angenommen. In der Position 1b. begründet Abg. Melbeck hinter dem Worte „Kleie" zuzusetzen: „Malzkeime". Dies Amendement wird angenommen; ebenso der Antrag des Abg. v. Ludwig der Position 1b. hinzuzufügen: „und Thierknochen jeder Art". (Keine materielle Aenderung des Tarifs). Bei Position 1c., Lumpen, behält sich Abg. Windthorst vor, über den Antrag Ludwig, welcher für diesen Artikel den Zollsatz von 3 ℳ beantragt, sich noch zu äußern. Bundesbevollmächtigter v. Moser weist darauf hin, daß nicht bloß die Thüringer Industrie in Betracht komme, sondern auch die nördlichen Provinzen, von wo aus der Schutz für diese Industrie gegen Dumping und Schwindel verlangt werde. An der Debatte betheiligen sich noch die Abg. Carstens (Segen), Abg. v. Kardorff (Wise), Richter (Hagen) gegen diese Position. Letzterer meint, dieser Zoll sei nicht weiter als ein Plackerei der Grenzbeamten. Abg. Ludwig hält im Interesse der armen Bürstenbinder diesen Zoll für durchaus gerechtfertigt. Abg. Rickert betont wiederholt das Ungerechtfertigte dieser Zollsätze; der Bundesbevollmächtigte v. Moser weist auf die bezüglichen Zollsätze hin, welche anderen Ländern bestehen, und betont, daß bei der Frage auch der Gesichtspunkt in Betracht komme, daß diese Waaren meist in Verbindung mit Holz erscheinen, und verarbeitetes Holz an sich schon einem Zoll unterliegen solle. Abg. Schulze v. Malzahn weist darauf hin, daß die Position in den Motiven keineswegs mit dem Schutze der nationalen Arbeit begründet sei. Bei der Abstimmung werden die Positionen der Vorlage mit einer Majorität von circa 50 Stimmen (Position 1c ist auf Antrag Ludwig namentlich abgestimmt) angenommen. Bei Pos. 6a. (Roheisen ꝛc.) berichtet Abg. Stephani zunächst wiederum über die eingegangenen Petitionen, demnächst richtet der Abg. Dr. Delbrück an die Regierung noch die Anfrage, ob mit den anderen einfuhr des Eisenzolles auch die frühere Vergütung für verwendetes eisernes Schiffsbaumaterial wieder in Kraft treten werde und ob die Bestimmung, wonach Gießereien, Hammer- und Walzwerke das Rohmaterial in dem Falle zollfrei einführen dürften, wenn das Fabrikat wieder ausgeführt wird, wieder in Kraft treten werde. Regierungskommissar Geh. Rath Burchard giebt die Erklärung ab, daß es in der Absicht der verbündeten Regierung liege, diese beiden Gesichtspunkte eintreten zu lassen, und wirft dann einen geschichtlichen Rückblick auf die Bewegung der Eisenzollfrage in den letzten Jahren. Dabei rechtfertigt er die Eisenenquete und namentlich den Wortlaut: Geehrte Anwesende! Dieses Schiff Vortheilen. Die Höhe des auf Eisenindustrie Produktion, so doch in Bezug auf die Höhe der Preise von keiner Seite bestritten werden können. Daß die Zölle allein der Eisenindustrie nicht aufhelfen könnten, sei zugegeben; aber wenn gesagt werde, das Heilmittel müsse in der Einschränkung der Produktion gefunden werden, so sei eben solche Einschränkung aus mancherlei wirthschaftlichen Gründen eben nicht thunlich. Aber auch abgesehen davon liege dies auch nicht blos in Deutschland, sondern namentlich auch in England Ueberproduktion vor. Eisenzölle hätten übrigens alle anderen Länder, außer England. Letzteres brauche allerdings keinen auswärtigen Markt zu fürchten; es produzire viermal soviel als Deutschland. Fähre Deutschland so viel aus als wir, wäre es nur ein fünfzehnten Theil von dem importirte, was bei uns eingeführt wird. Der Kommissar weist dann eingehend nach, unter wie viel günstigeren Bedingungen die englische Eisenindustrie arbeite, als die deutsche. Wenn es schon jetzt (wegen die Verhältnisse damals ganz anders lagen, als heute) ein gewagtes Unternehmen gewesen, die Eisenzölle aufzuheben, so würde es heute geradezu unmöglich sein, die Zollfreiheit fortbestehen zu lassen. Der Zoll würde auch die heilsame Wirkung haben, daß er der Eisenproduktion den Muth wieder gebe, dessen sie in der heutigen schwierigen Lage dringend bedürfe, und das um so mehr, als das Bessemerverfahren von Neuem große Kapitalien erfordern würde. Die verbündeten Regierungen hätten sich auf Grund eingehender Untersuchung überzeugt, daß die Einführung des Eisenzolles eine unabweisbare Forderung sei und sie bofften, daß das Haus sich ihnen anschließe. (Bravo rechts!) Bei Schluß der Redaktion hat der Abg. Dr. Bamberger das Wort.

Rundschau im Auslande.

Die österreichisch-ungarische Konvention mit der Pforte ist für die Wiener Blätter das Thema des Tages. Nachdem die „N. Fr. Presse" gestern vom türkischen Standpunkte aus ihre volle Befriedigung über den Inhalt des Aktenstücks zu erkennen gegeben, kehrt sie heute den österreichischen Oppositionsstandpunkt heraus, auf welchem sie sich zu einer vernichtenden Kritik berechtigt glaubt. Sie weist darauf hin, daß das Dokument in der bevorstehenden Wahlperiode eine große Rolle spielen werde und fügt hinzu:

„Von jetzt ab wird Niemand mehr behaupten können, daß die okkupirten Provinzen aufgehört hätten, türkisches Gebiet zu sein. Sie sind keines Ausland, und jeder Gulden, der aus den Steuergeldern für Bauten oder die Herzogewina verwendet wird, ist über die Grenze hinausgeworfenes Geld. Für ein Land, wo die türkische Fahne von den Minareten weht, die öffentlichen Gebete dem Sultan gelten und die Einnahmen, wenn sie ja einmal eine nennenswerthe Höhe erreichen, ausschließlich für die Bestürfnisse des eigenen Gebietes verwendet werden müssen, für ein solches Land den Säckel österreichischer Bürger in Anspruch zu nehmen, halten wir für unmöglich, und wenn es dennoch geschehen sollte, so erwarten wir von unseren Abgeordneten, daß sie mit Berufung auf die Konvention jedes solche Ansinnen der Regierung zurückweisen werden."

Die Wiener „Deutsche Zeitung" geht noch weiter. Sie schreibt am Schlusse einer gleichfalls sehr scharfen Kritik:

„Doch bleibt uns ein Trost: ein Gedanke wird von der Liberal, wo Oesterreich wohnen, jede Brust erfüllen: noch ist der Pakt, den die Türken uns abgerungen haben, nicht zur Rechtskraft erwachsen, noch fehlt die Ratifikation des Kaisers. Graf Zichy hat den Vertragsentwurf hierher gebracht, derselbe ist aber österreichischerseits — soviel verlautet — noch nicht ratifizirt. Darauf setzen wir unsere Hoffnung. Nie waren die Bande, die Fürst und Volk in Oesterreich verknüpften, inniger als jetzt; im Kaiser verehrt Oesterreich den ersten Bürger seiner Ehre, und es wird nicht gestatten, daß der schlaue Byzantiner sich stärker erweise als wir, nachdem wir zwanzig blutige Treffen geschlagen."

In Wiener Regierungskreisen scheint man, nach uns von dort zugehenden Mittheilungen, den Hauptwerth darauf zu legen, daß die Konvention sich genau innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages bewegt und Diejenigen Lügen straft, welche Oesterreich-Ungarn der Spoliation der Türkei oder einer Annexionspolitik bis Salonichi" beschuldigten. Der Vertrag stelle klar, daß die Okkupation nicht Zweck für Oesterreich-Ungarn war, sondern nur Mittel zum Zweck, wie Graf Andrassy dies in den Delegationen als Antwort auf die Frage: wann die Okkupation aufhören werde? ausgesprochen habe. Als wesentlicher Gesichtspunkt wird jedoch hervorgehoben, daß der Vertrag für Oesterreich-Ungarn ungleich günstiger sei, als die englischerseits bezüglich der Insel Cypern abgeschlossene Konvention. England habe als Gegenleistung die Garantie des asiatischen Besitzstandes der Türkei übernehmen müssen, Oesterreich-Ungarn schulde keine Gegenleistung, stehe vielmehr in Bosnien und der Herzegowina viel unbeschränkter und freier da, als England auf Cypern.

Namentlich gegen diesen letzten Punkt läßt sich gewiß nichts einwenden, und was die Kritiken in der österreichischen Presse anbelangt, so darf nicht übersehen werden, daß dieselben zumeist von solchen Blättern ausgehen, welche stets die lebhaftesten Gegner der Okkupation waren und nun die auf das bescheidenste Maß beschränkten politischen Ergebnisse derselben als nicht umfangreich genug anfechten. Anderseits läßt sich nicht verkennen, daß die Pforte es trefflich verstanden hat, den Berliner Vertrag in ihrem Interesse zu verwerthen. Während derselbe überall die Gleichheit und Freiheit der Kulte in erster Linie zu Gunsten der bisher unterdrückten Rajah in Anspruch nimmt, hat die türkische Regierung diese Kultusfreiheit jetzt für sich geltend gemacht und der neuen Verwaltung in Bosnien in dieser Beziehung mancherlei Verpflichtungen auferlegt. Unter dem Vorwande der Kultusfreiheit ist das Kirchengebet für den Sultan sowie die türkische Fahne auf den Minareten gefordert worden, welche letztere für die muhamedanische Bevölkerung Symbol der Souveränität des Großherrn ist.

Bezüglich des czechischen Ausgleichs ist zu berichten, daß in der am 12. d. von den Czechen in Prag gehaltenen Versammlung sämmtliche Redner betonten, daß ohne Erfüllung von gewissen Bedingungen und ohne Erlangung von Garantien die czechische Nation den Reichsrath nicht beschicken werde.

Ein Telegramm in der heutigen Morgennummer meldet, der **türkische Großvezier** habe an den Bali von Kossova Weisungen gerichtet, um die Sorgen über die Gefahren der Oesterreich ausgereizte Bevölkerung zu beschwichtigen". Zur Naturgeschichte dieser „Ausregungen" liefert die „Pol. Korr." folgenden Beitrag:

„Der Sultan wird von den hierher gekommenen Albanesen des Epirus mit Protesten gegen jede Gebietsabtretung bestürmt. Einer der Albanesen, der Mouftar Pascha zu den Verhandlungen nach Prevsa begleitet hatte, erzählt folgende charakteristische Reminiszenz: Nachdem Mouftar in Prevsa eingetroffen war, ließ er die albanesischen Notabeln dieses Ortes und der Umgebung zusammenrufen und empfahl ihnen, sich in ihr Schicksal zu ergeben, falls ihr Gebiet oder ein Theil des Epirus nach dem Willen des Sultans an Griechenland abgetreten werden sollte. Sie mögen dem Beispiele ihrer Glaubensbrüder in Bosnien folgen, die sich ruhig unterworfen haben. Ein alter Mollah unterbrach Mouftar mit der Bemerkung, daß er ein anderes Beispiel vergesse, nämlich jenes der Glaubensbrüder in Diakova, die den Verräther Mehemet Ali niedergemacht haben. Mouftar, über diese Anspielung nicht wenig erschrocken, ließ